

Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation 2022/698 von Christine Frey: «Teilrückbau Osttangente verhindern»

2022/698

vom 28. März 2023

1. Text der Interpellation

Am 14. Dezember 2022 reichte Christine Frey die Interpellation 2022/698 «Teilrückbau Osttangente verhindern» ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Rheintunnel ist als unterirdische Transitautobahn vom Anschluss Birsfelden zur deutschen Grenze geplant. Der Tunnel soll den Verkehr bündeln, die staugeplagte Region endlich vom Transitverkehr entlasten und den Engpass auf der Osttangente (A2) entschärfen.

Ester Keller (GLP), Baudirektorin des Kantons Basel-Stadt, kündigte im November 2022 an, dass sich der Stadtkanton nicht gegen die Realisierung des Rheintunnels stellen werde. Keller gab jedoch bekannt, dass der Rheintunnel aus städtischer Sicht ein «Verlagerungsprojekt und kein Kapazitätsausbau» sein soll. Sie bekennt sich daher zum Teilrückbau der Osttangente.

Dass der Rheintunnel eine Achse bilden wird, die nahezu ausschliesslich dem internationalen Transitverkehr dienen soll, bleibt bei dieser Überlegung jedoch komplett aussen vor. Es steht in den Sternen, wie bei einem allfälligen Rückbau künftig der für die Region weit wichtigere lokale Gewerbe-, Pendel- und Privatverkehr zur Stadt Basel und zurück funktionieren soll. Die Nord-Süd-Hauptverkehrsachse A2 Osttangente Basel ist eine der am stärksten befahrenen Autobahnstrecken der Schweiz. Dieser Abschnitt ist extrem wichtig für die Erreichbarkeit und ist seit Jahrzehnten komplett überlastet. Trotz der partiellen Entlastung durch den geplanten Rheintunnel wird die Osttangente in auch Zukunft stark frequentiert und überlastet sein.

Dass man mit einem möglichen Rückbau die längst am Limit stehenden Kapazitäten auf dieser Achse wieder auf den ursprünglichen, offensichtlich ungenügenden Zustand zurücksetzen möchte, ist daher nicht nachvollziehbar. Mehr noch ist die Überlegung eines Rückbaus völlig fehl am Platz und rein ideologisch motiviert.

Es ist ein Ärgernis, dass jedes neue Strassenprojekt, das zu einer wirksamen Entlastung durch erweiterte Kapazitäten führen könnte, umgehend mit einer Rückbauankündigung verknüpft wird. So auch geschehen bei der neuen Rauricastrasse in Pratteln. Die Regierung teilt mit, dass die Rheinstrasse zwischen Augst und Pratteln zurückgebaut werde, da ja die neue Rauricastrasse entlang der A2/A3 eröffnet sei. Statt wirkliche Entlastung zu bieten, scheint man die lokale Bevölkerung und das Gewerbe mit der täglichen Stausituation an den Rand ihrer Belastungsfähigkeit bringen und nicht wirklich für Entlastung sorgen zu wollen.

Bisher hat sich Baudirektor Isaac Reber diesbezüglich noch nicht geäußert. Ich bitte den Regierungsrat vor diesem Hintergrund um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie steht der Regierungsrat zu der Haltung von Basel-Stadt, dass die Osttangente «teilweise zurückgebaut» werden soll?
- Welche Massnahmen wird der Regierungsrat des Kantons ergreifen, um einen Rückbau der Osttangente zu verhindern?
- Eine Reihe von Fehleinschätzungen über das aktuelle und künftige Verkehrsaufkommen führen dazu, dass der Verkehr in der Region immer mehr ins Stocken gerät. Wie kann der Verkehr in der Region bewältigt werden, wenn längst überfällige Ausbaurbeiten mit Rückbauten an anderen Stellen verhindert werden?

2. Einleitende Bemerkungen

Der Rheintunnel ist als grösstenteils unterirdische Entlastungsautobahn von der Verzweigung Hagnau bis zur Verzweigung Wiese geplant. Der Tunnel soll den Verkehr bündeln, die überlastete Osttangente und den Abschnitt «Badischer Bahnhof» vom Transitverkehr wie auch von einem Teil des Ziel- Quell- und Binnenverkehrs der Agglomeration Basel entlasten und somit den Engpass auf der Osttangente (N2) entschärfen. Damit werden die Osttangente und der Abschnitt «Badischer Bahnhof», welche aus ca. 20 bis 25% Transitverkehr und ca. 75 bis 80% Ziel- Quell- und Binnenverkehr bestehen, entlastet.

Daraus werden folgende Projektziele erreicht:

- Entlastung der Osttangente und des Abschnitts «Badischer Bahnhof»
- Schafft Kapazität auf den entlasteten Abschnitten um den in der Agglomeration verdrängten Verkehr zurück zu verlagern
- Entlastet die Agglomeration und die Stadt vom Ausweichverkehr
- Erhöht die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer

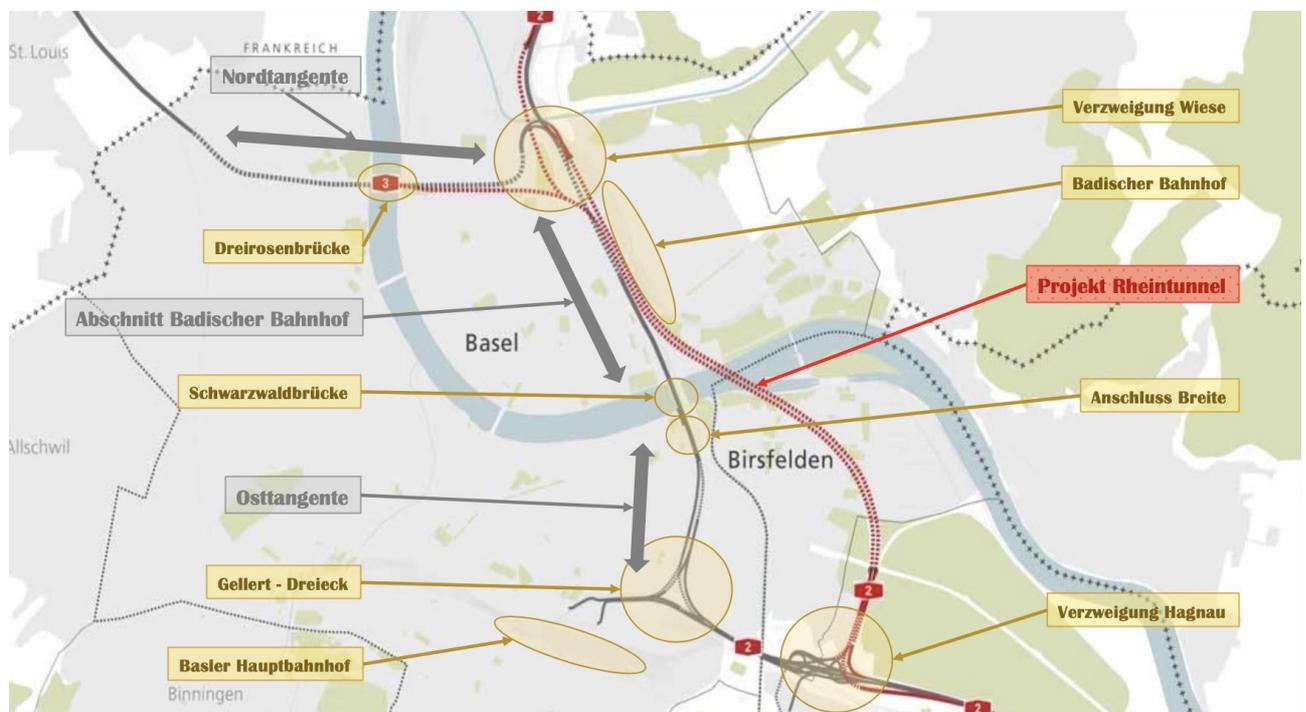


Bild → Planungsübersicht und Ortsbegriffe

3. Beantwortung der Fragen

1. *Wie steht der Regierungsrat zur Haltung von Basel-Stadt, dass die Osttangente «teilweise zurückgebaut» werden soll?*

Die von der Interpellantin dargelegte Ausgangslage, dass der Kanton Basel-Stadt einen vollständigen Rückbau der Osttangente unterstützen würde, ist nicht richtig.

In seiner Stellungnahme vom 8. Januar 2020 zur «Motion Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future», welche verlangt, dass sich der Regierungsrat Basel-Stadt «behördenverbindlich und nachweisbar» für den Rückbau der oberirdischen Osttangente einzusetzen hat, hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt folgendes festgehalten:

Bis zur Inbetriebnahme des Rheintunnels und der damit zu erwartenden massiven Entlastung der Osttangente ergibt sich aus Sicht des Regierungsrates aktuell kaum Spielraum für eine noch weitergehende Verbesserung der Verträglichkeit der Osttangente. Vielmehr setzt sich der Regierungsrat (BS) dafür ein, dass der Rheintunnel möglichst rasch – noch vor dem vom ASTRA prognostizierten Jahr 2039 – realisiert werden kann und so ausgestaltet wird, dass er möglichst stark zur Entlastung der Osttangente beiträgt.

Der Regierungsrat ist aus heutiger Sicht der Auffassung, dass ein vollständiger Rückbau der bestehenden Osttangente auch nach der Inbetriebnahme des Rheintunnels nicht zu verantworten wäre. Gegen einen vollständigen Rückbau spricht die unvermeidlich damit verbundene Rückverlagerung desjenigen Verkehrs auf das Stadtstrassennetz, der heute über die Osttangente bewältigt und nicht auf den geplanten Rheintunnel verlagert werden kann. Es handelt sich dabei um rund 60'000 tägliche Fahrten. Diese können nicht zusätzlich vom Stadtstrassennetz übernommen werden, ohne dass es zu einem Verkehrsinfarkt kommt, der weite Stadtteile betreffen und die Lebensqualität in Basel massiv beeinträchtigen würde. Damit würden die bisher erfolgreichen Bemühungen des Regierungsrates, den Verkehr auf die Hochleistungsstrassen zu konzentrieren und die Wohnquartiere zu entlasten, nicht nur konterkariert, sondern zunichtegemacht. Der Regierungsrat ist hingegen sehr wohl bereit, in Absprache mit dem Bund zu prüfen, ob ein partieller Rückbau der Osttangente (Verschlankung) nach Inbetriebnahme des Rheintunnels aus städtischer Sicht sinnvoll und aus verkehrlicher Sicht machbar ist. Ein entsprechender Teilrückbau erfordert die Zustimmung des Bundes und müsste vom Kanton finanziert werden.

D.h., der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt möchte derzeit lediglich zusammen mit dem für die Nationalstrassen zuständigen ASTRA überprüfen, ob sich unter vollständiger Gewährleistung der Entlastungsziele gewisse Elemente der Osttangente nach der Inbetriebnahme des Rheintunnels zurückbauen lassen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat Verständnis dafür, dass nach der Inbetriebnahme des Rheintunnels nachweislich nicht mehr benötigte Infrastrukturelemente zurückgebaut werden, wenn die Entlastungsziele mit dem Rheintunnel und die Verlagerung des heute auf dem Stadtstrassennetz abgewickelten aber auf die Nationalstrasse gehörigen Verkehrs gewährleistet ist.

2. *Welche Massnahmen wird der Regierungsrat des Kantons ergreifen, um einen Rückbau der Osttangente zu verhindern?*

Der Regierungsrat wird zum heutigen Zeitpunkt keine Massnahmen ergreifen.

Begründung: Die Osttangente befindet sich im Kompetenzbereich des ASTRA. Allfällige ergreifbare Massnahmen beschränken sich nur auf eventuelle Auswirkungen eines Rückbaus der Osttangente auf den Verkehr auf unserem Kantonsgebiet. Zu allfälligen Rückbaumöglichkeiten können wir allerdings zum heutigen Zeitpunkt wegen des noch nicht vorhandenen Projekts nichts aussagen.

3. *Eine Reihe von Fehleinschätzungen über das aktuelle und künftige Verkehrsaufkommen führen dazu, dass der Verkehr in der Region immer mehr ins Stocken gerät. Wie kann der Verkehr in der Region bewältigt werden, wenn längst überfällige Ausbaurbeiten mit Rückbauten an anderen Stellen verhindert werden?*

Der Regierungsrat unterstützt das Vorhaben der Realisierung des Rheintunnelprojektes des ASTRA. Es ist die Gelegenheit, einen Verkehrs-Engpass zu entschärfen, der die Region seit langem beschäftigt.

Die Projektentwicklung des ASTRA hat gezeigt, dass es keine andere Lösung gibt, welche die Verkehrssituation im mittelfristen Zeitraum optimaler verbessert.

Ein Ausbau der heutigen Osttangente ist bekanntlich aus verschiedenen Gründen, insbesondere aus Platzgründen, nicht möglich.

Der Regierungsrat unterstützt ausserdem explizit auch das Projekt «Ausbau Hagnau - Augst» des ASTRA, weil nur damit die volle Funktionalität für das Gesamtnetz erreicht werden kann.

Liestal, 28. März 2023

Im Namen des Regierungsrats

Die Präsidentin:

Kathrin Schweizer

Der 2. Landschreiber:

Nic Kaufmann